



Bezirksverband
Mittelrhein e.V.

**INTEGRATIONS
AGENTUREN**
NORDRHEIN-WESTFALEN
Vielfalt ist unsere Stärke.

Vielfalt – Das Bildungsmagazin

Der Kampf um die Babyflasche

Was haben der neue Innenminister Hans-Peter Friedrich und der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan gemeinsam - außer ihrem Doppelnamen?

Das überaus große Interesse an der Sprachentwicklung hier geborener Babys türkischer Herkunft zweiter, dritter und vierter Generation.

Beide kämpfen um die Vormachtstellung in den Kinderzimmern des Landes und den ersten Schluck Sprache.

„Sprecht erst mal Türkisch mit euren Kindern!“, ruft Erdoğan im Düsseldorfer ISS-Dome seinen 10.000 Gästen zu. Für Eltern, deren Herzenssprache Türkisch ist, wird Erdoğan's Aufforderung wohl keine Revolution in Deutschlands Kinderzimmern auslösen. Welche Eltern wünschen sich nicht für ihre Kinder, dass sie mehrere Sprachen lernen? Eltern sollen mit ihren Kindern in der Sprache sprechen, in der sie zu Hause sind, erläutert die Frankfurter Professorin für Deutsch als Zweitsprache Petra Schulz. „Denn Sprache transportiert immer auch Identität und Emotionen, da wären verunsicherte Eltern eher kontraproduktiv“.

Von solchen Erkenntnissen der Spracherwerbsforschung ungetrübt ruft der neue Bundesinnenminister Friedrich am Tag seiner Amtseinführung in die deutsche Presse hinein: „Sprecht erst mal Deutsch mit euren Kindern“, und betätigt sich als Hobbylinguist, genauer als Populist.

In die gleiche Kerbe schlagen nun nur wenige Tage später auch die Regierungsparteien mit ihrem Vorhaben, das Ausländerrecht zu verschärfen. Das Aufenthaltsgesetz von neuen Einwanderern aus Nicht-EU-Ländern soll daran gekoppelt werden, dass sie Sprachprüfungen bestehen. Mit Integration, ge-



aboutpixel.de Jutta Rottler

schweige denn Integration auf gleicher Augenhöhe, haben diese Abschiebeandrohungen nichts mehr zu tun. Eine Stellungnahme des AWO Bundesverbandes bringt es in Vielfalt – Das Bildungsmagazin auf den Punkt.

Den Fokus haben wir in Vielfalt auf Nordrhein-Westfalen. Wir machen die Revision des Kinderbildungsgesetzes zum Thema und fragen nach dem inklusiven Charakter der neuen Gemeinschaftsschulen. Wir rechnen aus, wie viel Bildung im Paket für Hartz IV-Berechtigte steckt. Unsere Recherchen über den neuen Beruf Integrations-

kursleiter haben ergeben, dass die hochgelobten Integrationskurse von niedrigehonorierten Hochqualifizierten durchgeführt werden.

Auf den Debattenseiten stellen wir das „Manifest der Vielen – Deutschland erfindet sich neu“ als eine andere, eine feinfühligere, literarische Antwort auf das Sarrazinbuch „Deutschland schafft sich ab“ vor.

Diese Ausgabe von Vielfalt erscheint als Doppelseite. In einem Sonderheft berichten wir über die „Schule in der Einwanderungsgesellschaft“.

Donja Amirpur und Mercedes Pascual Iglesias

Aus dem Inhalt:

Kleine Schritte

Seite 2

Integrationskursleiter - Sein und Schein

Seite 6

Bildungspaket verabschiedet

Seite 4

Das Manifest der Vielen

Seite 8

Gemeinschaftsschule ohne Kinder mit Behinderung

Seite 5

Muslimisierung der Muslime

Seite 9

Kleine Schritte – große Vorhaben für NRW

DIE STUDIENGEBÜHREN SIND WEG

Was täten wohl die 472.000 Studierenden in Nordrhein-Westfalen, von denen viele gegen die Studiengebühren auf die Straße gegangen sind, wenn die rot-grüne Landesregierung am 24. Februar nicht die Studiengebühren abgeschafft, sondern lediglich ein kostenfreies letztes Studienjahr im Landtag beschlossen hätte? Es wäre nicht schwer gewesen, dies zu begründen: eine leere Landeskasse, außerdem ist es im letzten Studienjahr eine besondere Last, noch jobben zu müssen.

GEBÜHRENFREIHEIT FÜR FÜNFJÄHRIGE

Welchen Sinn für Eltern und Kinder allerdings ein kostenfreies letztes Kindergartenjahr haben soll, erschließt sich nicht, weder finanziell noch pädagogisch.

Finanziell nicht, denn die Betreuung der Fünfjährigen ist kostengünstiger als die der Kleinkinder. Und pädagogisch sinnvoll ist es, Kindern möglichst früh zu ermöglichen, eine Kindertagesstätte zu besuchen und nicht nur bis mittags zu bleiben.

Nur so haben ErzieherInnen eine Chance, Bildungsbenachteiligungen auszugleichen – sie brauchen Zeit und neue Kolleginnen (Männer mit inbegriffen) – beides wird durch ein kostenfreies letztes Kinder-

gartenjahr nicht umgesetzt. Freuen können sich aber ab Sommer dieses Jahres insbesondere wohlhabende Eltern von Fünfjährigen, die für die Betreuung ihrer Kinder bisher besonders zur Kasse gebeten wurden und nunmehr bis zu 12 000 Euro sparen können. Geringverdienende Familien, Alleinerziehende und Erwerbslose mussten vielerorts in NRW ohnehin keine Gebühren bezahlen. Wie hoch die Gebühren allerdings für die Eltern sind, variiert von Kommune zu Kommune erheblich. In Aachen könnte der Gebührenwirrwarr besondere Blüten tragen, denn der Stadtrat beschloss im Januar vor zwei Jahren, dass für die drei- bis vierjährigen Kindergartenkinder nicht mehr bezahlt werden muss. Für die Vier- bis Fünfjährigen wird ein Jahr lang wieder eine Gebühr erhoben, um sie dann ab dem 5. Geburtstag erneut fallen zu lassen.

Die Freie Wohlfahrtspflege in NRW hält zwar die Streichung von Elternbeiträgen für ein Jahr für grundsätzlich richtig, fordert aber im Rahmen der Revision des KiBiz zunächst eine landeseinheitliche Gestaltung der Elternbeiträge für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder, die mit einer sozialen Staffelung verbunden sein sollte.

Die Revision des Kinderbildungsgesetzes wurde mit Inkrafttreten des wohl umstrittensten Projektes der

letzten CDU-geführten Landesregierung geplant.

Ende Januar präsentierte die Familienministerin Ute Schäfer die Ergebnisse einer vom Institut Prognos durchgeführten Untersuchung auf Grundlage der Daten von 8000 der 9400 vorhandenen Einrichtungen als Beginn der Revision:

1. 65 Prozent der Kindertageseinrichtungen haben im Kindergartenjahr 2008/2009 beim Personaleinsatz den Standardwert – den so genannten Wert 2 im Gesetz – nicht erreicht. An genau diesem Wert allerdings orientiert sich die gesetzlich geregelte finanzielle Förderung.
2. 64 Prozent der Einrichtungen bilden keine Berufspraktikantinnen und -praktikanten aus.
3. 70 Prozent der Kita-Leitungen wünschen sich deutlich mehr Zeit für eine planvolle pädagogische Arbeit.
4. Eltern wünschen sich mehrheitlich mehr Qualität in der Förderung und eine allgemeine Beitragsfreiheit.

Lesen Sie dazu auf der nächsten Seite ein Interview mit Klaus Danhaus, dem Vorstandsvorsitzenden der AWO Ostwestfalen-Lippe.



IM GESPRÄCH MIT KLAUS DANHAUS

Vielfalt - Das Bildungsmagazin hat Klaus Danhaus, den Vorstandsvorsitzenden der AWO Ostwestfalen-Lippe, zum KiBiz interviewt:

Welche Erwartungen haben Sie an die Revision von KiBiz?

Die Revision müsste die Betreuungssituation, insbesondere im Bereich der Kinder unter drei Jahren, verbessern, durch eine Anpassung der Personalsstunden in diesem Bereich. Außerdem sollten sich die Kindpauschalen zukünftig an der Tarifentwicklung orientieren und nicht pauschal um 1,5 % jährlich angepasst werden. Es wäre zu überlegen, ob Einrichtungen mit besonderen Angeboten, wie z.B. überlange Öffnungszeiten oder ganzjährige Öffnungen, nicht außerhalb der Pauschalen einen gesonderten Zuschlag erhalten sollten. Die Betreuungsintensität, gerade die Übermittagsbetreuung mit entsprechender Essenversorgung, hat deutlich zugenommen. Dies müsste bei der Ermittlung der zukünftigen Kindpauschalen mit in die Berechnung einfließen.

Sind die Prognos-Untersuchung und ihre Ergebnisse die richtigen ersten Schritte, um die Probleme, die KiBiz in der Praxis gezeigt hat, aufzudecken und zu lösen?

Die AWO hat die Prognos-Untersuchung immer etwas zurückhaltend bewertet, da die Ergebnisse der Untersuchung sich auf das erste KiBiz-Jahr stützen, das noch von vielen Unsicherheiten in der Umsetzungsphase gekennzeichnet war. Sicherlich lässt sich aber aus dem Gutachten schon die eine oder an-

dere Erkenntnis ableiten. So wird durch das Gutachten deutlich, dass eine qualitative Verbesserung der Betreuungssituation nur durch eine finanzielle Anpassung der bestehenden Kindpauschalen erfolgen kann.

Warum bilden 64 Prozent der Einrichtungen keine Praktikantinnen mehr aus?

Dieses Ergebnis der Prognos-Untersuchung können wir zumindest für unseren Verbandsbereich nicht nachvollziehen. Wir haben eine deutlich höhere Quote. Aber auch hier muss man sicherlich sehen, dass die Aussage sich auf das erste Kindergartenjahr bezog, mit den bereits angesprochenen Unsicherheiten, die eine Umstellung mit sich bringt. Ich bin mir eigentlich sicher, dass die Quote bereits im zweiten Jahr höher lag.

Die Familienministerin in NRW, Ute Schäfer, hat sich in Anbetracht des drohenden Fachkräftemangels kritisch geäußert und verlangt, diesen „unhaltbaren Zustand“ zu überwinden.

Die Träger haben im ersten Jahr vorsichtig operiert. Von daher wäre es wirklich interessant zu wissen, wie die Quote aktuell aussieht. Vor dem Hintergrund des anstehenden Fachkräftemangels haben Träger auch ein massives Eigeninteresse, sich in diesem Bereich zu engagieren.

70 Prozent der Kita-Leitungen wünschen sich deutlich mehr Zeit für eine planvolle pädagogische Arbeit? Ist das Jammern auf hohem Niveau oder ein ernsthaftes Problem?

Gerade vor dem Hintergrund des weiteren Ausbaus

der Plätze für Kinder unter drei Jahren hat sich die Arbeit in den Kindertagesstätten noch einmal deutlich verändert, so dass gut nachvollziehbar ist, dass Leitungen heute mehr denn je gefordert sind. Hinzu kommen verstärkt auch weitere Anforderungen wie die Weiterentwicklung zu Familienzentren und vor dem Hintergrund der Inklusion die deutliche Zunahme der Betreuung von behinderten Kindern. Von daher ist der Wunsch der Leitungen nachvollziehbar.

Eltern wünschen sich Beitragsfreiheit, hat Prognos herausgefunden. Welche Haltung hat die AWO dazu?

Die im Rahmen der KiBiz-Revision geplante Streichung von Elternbeiträgen ist im Grundsatz richtig. Dies darf aber nicht zu Lasten der notwendigen Verbesserung der Rahmenbedingungen des KiBiz erfolgen. Von daher sieht die AWO die geplante Elternbeitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr etwas zwiespältig, da dadurch viel Geld gebunden ist, das dann evtl. an anderer Stelle fehlt.

Im Landesetat sind für 1000 zusätzliche Praktikumsplätze 7 Millionen Euro vorgesehen. Reicht das, um die Situation in den Kindertagesstätten zu verbessern und den Fachkräftemangel zu beseitigen?

Neben dem Sonderprogramm zur Finanzierung von zusätzlichen Berufspraktikanten sollen ja für Kinder unter drei Jahren zusätzliche Ergänzungskraftstunden finanziert werden. Dies ist sicherlich ein richtiger Schritt zur Verbesserung der Betreuungssituation in den Kindertagesstätten.



Zehn Euro - Bildungspaket verabschiedet

2,5 Millionen Kinder von Langzeitarbeitslosen und Geringverdienenden erhalten zusätzliche Leistungen. Das ist das Ergebnis langwieriger Verhandlungen zur Hartz IV-Reform. Zehn Euro pro Monat für Freizeitaktivitäten (zum Beispiel für die Mitgliedschaft in einem Sportverein oder für Musikurse), Nachhilfestunden bei Bedarf, ein warmes Mittagessen in der Schule oder im Hort (für das sie einen Euro selbst beisteuern müssen) und 30 Euro pro Schuljahr für einen Wandertag. Ebenfalls enthalten ist jährlich ein Schulstarterpaket für Materialien; auch Schülerfahrkarten können bezuschusst werden. Ab sofort können diese Leistungen beantragt werden. Belege müssen bei den Jobcentern eingereicht werden.

TROPFEN AUF DEM HEISSEN STEIN

Joachim Rock vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband kritisiert neben der geringen Höhe der Zuschüsse vor allem den hohen Verwaltungsaufwand. Heinz-Jürgen Stolz vom Deutschen Jugendinstitut hält die Konzeption des Bildungspaketes für grundlegend falsch: Es bilde nur den durchschnittlichen Konsum bildungsferner Schichten ab, statt den des Durchschnitts der gesamten Gesellschaft. So werde die Bildungsferne der Betroffenen zementiert. Als „Tropfen auf dem heißen Stein“ wertet er den 10-Euro-Gutschein für Vereinskosten oder Musikschulen: Fahrtkosten, Leihgebühren für Musikinstrumente, Trikots und Ähnliches sind nicht enthalten. Auch bei der „Nachhilfe“ steckt der Teu-

fel im Detail. Es hat seinen Grund, dass sie im Gesetz als „außerschulische Lernförderung“ und nicht als Nachhilfe firmiert. Würde man doch mit diesem Begriff der Schule bescheinigen, versagt zu haben. Kein Grund für Förderung ist etwa der Wunsch, eine höhere Schullaufbahn einzuschlagen. Und ob eine Schülerin oder ein Schüler gefördert werden soll, entscheiden die Lehrer.

GUTSCHEINSYSTEM NICHT FLEXIBEL

Eltern gehen in ihrer Kritik weiter. Für Karin Denz aus Essen ist besonders fragwürdig, dass die Auszahlung quasi als Gutschein erfolgt und jede Summe nur für ihren vorgeschriebenen Zweck genutzt werden kann. „Wer keine Nachhilfe braucht, kann das Geld also nicht für Klavierunterricht verwenden, und wer ein Jahr auf die Mitgliedschaft im Sportverein verzichtet, kann dafür nicht im nächsten Jahr den teureren Reitkurs besuchen.“ Außerdem seien auch keine Angebote der „Spitzenförderung“ wie zum Beispiel die Beiträge für den Gesangsunterricht vorgesehen, die sich z.B. für Karin Denz' Tochter auf 80 Euro im Monat belaufen. In einem Jahr, so fordert sie, müsse überprüft werden, ob das Geld überhaupt abgerufen wird. „Das ist nämlich der eigentliche Trick an der Gutscheinidee. Statt der Barauszahlung, nicht die versoffenen, rauchenden, fernsehglotzenden Eltern zu erziehen, sondern die begründete Hoffnung, dass ein Großteil der Gutscheine nicht eingelöst wird.“



aboutpixel.de Patricia Sch

14 Gemeinschaftsschulen gehen im Sommer an den Start

14 Gemeinschaftsschulen mit mehr als 1.300 Schülerinnen und Schülern gehen zum nächsten Schuljahr 2011/12 an den Start. Schulministerin Sylvia Löhrmann erklärte: „Ich freue mich, dass die Gemeinschaftsschule von den Kommunen so gut angenommen wird. An vielen Standorten wurden deutlich mehr Kinder angemeldet als ursprünglich erwartet. Das ist der Lohn für den unermüdlichen Einsatz und den guten Willen der Beteiligten vor Ort, die die besten Bildungschancen für ihre Kinder wollen. Über Parteigrenzen hinweg wird die Gemeinschaftsschule von einem breiten regionalen Konsens

getragen. Sie ist die Antwort auf aktuelle Herausforderungen: Bei zurückgehenden Schülerzahlen und drohenden Schulschließungen sichert die Gemeinschaftsschule ein wohnortnahes, umfassendes Schulangebot. Und sie wird dem Wunsch der Eltern gerecht, die für ihre Kinder den Bildungsweg länger offen halten wollen.“

Die Standorte für die neuen Gemeinschaftsschulen sind in Ascheberg, Billerbeck, Blankenheim/Nettersheim, Bochum, Burbach, Finnentrop, Kalletal, 2x Köln, Langenberg, Lippetal, Morsbach, Neuenrade, Rheinberg.

Die in Bornheim und Sprockhövel geplanten Gemeinschaftsschulen erreichen nicht die erforderliche Zahl von Anmeldungen. Daher können diese beiden Schulen zum kommenden Schuljahr nicht eingerichtet werden. Dem Schulministerium liegen derzeit über vierzig weitere Interessenbekundungen von Schulträgern für eine Gemeinschaftsschule zum Schuljahr 2012/13 vor. Die Landesregierung plant, die Gemeinschaftsschule, die derzeit Modellcharakter hat, auf eine schulgesetzliche Grundlage zu stellen.



www.kinderwelten.net

Gemeinschaftsschule ohne Kinder mit Behinderung?

„Das nordrhein-westfälische Modell der Gemeinschaftsschulen bleibt in Sachen Inklusion eine Enttäuschung“, so der Verein Mittendrin e.V. aus Köln, der sich seit Jahren für den gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter Kinder einsetzt. Unter den 14 Gemeinschaftsschulen, die im nächsten Schuljahr den Betrieb aufnehmen, wollen nur sieben auch Kinder und Jugendliche mit Behinderung aufnehmen. Die Gemeinschaftsschule wird in Nordrhein-Westfalen ab Sommer in einem Schulversuch erprobt. Sie soll ein längeres gemeinsames Lernen ermöglichen und gymnasiale Standards einschließen. In den Klassen 5 und 6 sollen SchülerInnen gemeinsam unterrichtet werden. Danach sollen die Schulen entscheiden, ob es integriert weitergeht oder ob nach Bildungsgängen differenziert wird. Die

Entscheidung über die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen liegt bei den Kommunen. Im Rahmen der ersten Antragsrunde für das Schuljahr 2011/12 gingen beim Ministerium für Schule und Weiterbildung insgesamt neunzehn Anträge auf Einrichtung von Gemeinschaftsschulen ein.

ANTRAG ABGELEHNT

Von den drei beantragten Gemeinschaftsschulen für Köln wurden nur zwei bewilligt. Einer Hauptschule, die einen Antrag auf Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule gestellt hatte, verweigerte das benachbarte Gymnasium die notwendige Kooperation für eine gemeinsame Oberstufe. Die Kölner Montessori-Hauptschule Rochusstraße wurde deshalb vom Schulversuch ausgeschlossen. Ausgerechnet die Schule, die in sämtlichen Klassen Jugendliche mit

Behinderung aufnehmen wollte und dafür ein überzeugendes Konzept ausgearbeitet hatte.

ES FEHLEN SCHULPLÄTZE

Damit fehlen in Köln für das kommende Schuljahr weitere 15 Schulplätze für Jugendliche mit Behinderung im Rahmen eines gemeinschaftlichen Unterrichtskonzeptes. „Wir beraten mehrere Familien, die fest damit gerechnet hatten, dass ihre behinderten Kinder im Sommer von der neuen Gemeinschaftsschule Rochusstraße aufgenommen werden. Wir würden uns freuen, wenn Schulministerin Sylvia Löhrmann uns sagen würde, wo die Plätze für diese Kinder jetzt herkommen sollen“, sagt Eva-Maria Thoms, Vorstandsmitglied vom Verein Mittendrin.

Zuweisung Förderschule - „Kampf gegen den Zwang“

betitelte am 18. Januar dieses Jahres der Kölner Stadtanzeiger die Bildungsgeschichte eines Mädchens, die so beginnt:

„Die neunjährige Begüm verstand nicht ganz, was ihr der Schulleiter da mitteilte: Sie möge ihre Bücher abgeben und nach Hause gehen. Sie werde die Schule verlassen müssen. Die Nachricht traf die Grundschülerin aus dem Kölner Süden völlig unvorbereitet. Der Schulleiter war davon ausgegangen, dass zumindest ihre Eltern Bescheid wussten. Doch auch die wurden überrascht. Man braucht nicht viel Fantasie, um sich die Auswirkungen eines solchen Vorgehens auf eine Neunjährige vorzustellen. Begüm soll gegen den Willen ihrer Eltern eine Förderschule besuchen. So hat es das Schulamt entschieden, obwohl das Verwaltungsgericht auch eine Förderung an einer Regelschule für möglich gehalten hatte.“ (Helmut Frangenberg,

zum Weiterlesen: <http://www.ksta.de/html/artikel/1288741495685.shtml>

Wenige Tage vor Erscheinen dieses Artikels hat das Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung beschlossen, die Förderschulzuweisung von Kindern zum Jahresthema zu machen. In den Beratungsstellen suchen immer wieder Eltern Rat, die nicht einverstanden sind mit der Einweisung ihrer Kinder in die Förderschule. Nicht selten fühlen sie sich hintergangen, und es ist ein Prozess in Gang gesetzt worden, den sie alleine nicht mehr aufhalten können. Im Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung sollen diese Erfahrungen gemeinsam mit der Einrichtung „Nippes Museum – Jugendhilfe und Schule“ ausgewertet werden.



aboutpixel.de broiler

Integrationskursleiter - Sein und Schein

Seit Januar 2011 fordert das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in seiner Integrationskursverordnung explizit, dass „Lehrkräfte, die im Integrationskurs Deutsch als Zweitsprache unterrichten, [...] ein erfolgreich abgeschlossenes Studium Deutsch als Zweitsprache oder Deutsch als Fremdsprache vorweisen müssen“ (§ 15 Absatz 1 IntV), bis dahin reichten eine pädagogische Grundausbildung und zusätzliche Fortbildungen zum Integrationskursleiter aus. Die Aufwertung dieses Berufszweigs durch die Anhebung der Voraussetzungen wird mitnichten honoriert. Von einer beruflichen Zukunft und Sicherheiten wie einem Arbeitsvertrag, Urlaub, bezahlten Vorbereitungszeiten, Krankentagen oder Fortbildungen können Integrationskursleiter nur träumen.

NIEDRIGLÖHNE STATT FESTANSTELLUNG

Mit einem Stundenlohn von 15 bis 18 € dreht sich der Tag bei den meisten um das reine finanzielle Überleben. Während eine Lehrerin als Berufsanfängerin in Nordrhein-Westfalen in der niedrigsten Besoldungsgruppe für Beamte (A12) um die 2900 € brutto für durchschnittlich 26 Unterrichtsstunden verdient, müssten Integrationskursleiterinnen wie die 33-jährige Karin Gräber aus Essen für ein vergleichbares Gehalt durchschnittlich 48 Kursstunden die Woche geben – die unbezahlte Vor- und Nachbereitung nicht eingerechnet. Unter Miteinbeziehung der regelmäßig anfallenden Kosten, angefangen bei der Miete bis hin zur selbstständigen Sozial- und Krankenversicherung bei freiberuflichen Tätigkeiten, stellt zudem die Befristung des Arbeitsvertrages ein hohes Risiko dar.

DICKE BRETTER BOHREN

Um den Berufszweig attraktiver zu gestalten, muss sich, so die Initiative „Aktion Butterbrot“, in den Bereichen der Bezahlung und des Anstellungsverhältnisses einiges ändern. Die Interessenvertretung der Honorar DozentenInnen für Deutsch als Fremdsprache setzt sich bereits seit 1996 für bessere Arbeits- und Lohnbedingungen ein. Sie fordert die Festanstellung und zumindest eine anteilige Über-



nahme der Sozialbeiträge und ein Honorar von 30 € pro Stunde. Im April letzten Jahres trafen sich im nordrhein-westfälischen Moers etwa 70 Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache (DAZ), um gegen die miserablen Arbeitsbedingungen zu protestieren. Das DAZ-Netzwerk verabschiedete eine Resolution, in der vom Innenministerium und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine Neubewertung des Berufs gefordert wird. In Ihrer Präambel schreiben die Integrationskursleiter: „Die Integrationskurse sind in den vergangenen vier Jahren zu einer Erfolgsgeschichte geworden. Diesen Erfolg der Integrationskurse haben in erster Linie (die Kursträger) und ihre Lehrkräfte ermöglicht.“ (Bundesamt, März 2010)

VIEL LOB, WENIG LOHN

Diese Blumen mögen zwar das Selbstwertgefühl stärken, doch die DAZ-Lehrer fühlen sich als Lehrer zweiter Klasse behandelt. „Wir Lehrkräfte haben alle einen oder zwei Studiengänge absolviert und haben zudem die vom BAMF geforderten Zusatzausbildungen, wie auch oft langjährige Unterrichtserfahrung. Das bedeutet: Wir sind hoch qualifizierte, sehr engagierte und anerkanntermaßen erfolgreiche Lehrkräfte im staatlichen Auftrag. Und wir erhalten einen Hungerlohn.“

In der Tat, so errechnete die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft beim Moerser Treffen, blieben von einem Honorar von 18 € im Schnitt gerade mal 6,75 € pro Stunde übrig. Legt man eine 26-Stunde-Woche zugrunde, verdienen Integrationskursleiter 700 € bis 800 € im Monat netto. Am 12. März organisierten die Interessensinitiativen gemeinsam mit der GEW eine Tagung zum Thema „Integrationsarbeit zu Dumpinglöhnen und zum Preis sozialer Unsicherheit?“ in Frankfurt. Infos dazu unter <http://www.gew.de/Binaries/Binary74001/Programm%20DAZ%202012-03-11.pdf>

Marta López, Meike Bogdan

Modellversuch „Stadtteilmütter“

Zuwandererfamilien beraten und bei Behördengängen unterstützen – das sind die Aufgaben sogenannter Stadtteilmütter, die jetzt in einem Modellversuch in Nordrhein-Westfalen ausgebildet werden. In halbjährigen Kursen werden zunächst 55 Frauen geschult, die selbst migrantische Wurzeln haben. Sie lernen, wie sie Familien Informationen zu den Themenbereichen Arbeit, Ausbildung und Gesundheit vermitteln können. Die Konzeption ist bereits in Berlin erfolgreich erprobt worden und soll nun zunächst in Essen, Bochum und Dortmund realisiert werden. Nach ihrer Ausbildung erhält eine Stadtteilmutter 7,50 Euro pro Stunde bei 30 Wochenstunden. Später kann sie sich zur Kinderbetreuerin,

Kindergartenhelferin oder Pflegehelferin im Privathaushalt weiterbilden oder auch eine Ausbildung zur Hauswirtschafterin, Altenpflegerin oder Kinderpflegerin anschließen.

Träger des Projekts sind die Bundesagentur für Arbeit, das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW und die Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe. Interessierte können sich an die Koordinatorin Chryssa Stamatopoulou in Düsseldorf wenden.

Tel. 0211-6398-347; Fax 0211-6398-299; E-Mail: h.stamatopoulou@diakonie-rwl.de



aboutpixel.de Jutta Rotter



Schiller und Krupp für Integration

Viel gemeinsam hatten Friedrich Schiller und der größte europäische Industrielle Alfred Krupp sicherlich nicht, außer dass sie das waren, was man heute innovativ nennt. Krupp durch seine Erfindungen, – eine davon war eine Krankenversicherung für seine Arbeitnehmer, die wenig spektakulär aber sozial war – und Schiller mit seinem Schaffenswerk, das ihn zeitweilig sogar ins Gefängnis brachte.

Ab diesem Sommer haben die Namenspatrone der Gymnasien in Essen und in Münster eine weitere Gemeinsamkeit. Die Schulen setzen die im März 2009 von Deutschland unterzeichnete UN-Richtlinie um, nach der Behinderte das Recht haben, eine Regelschule zu besuchen.

Das Alfred-Krupp-Gymnasium in Essen und das

Schillergymnasium in Münster werden erstmals eine Klasse einrichten, in der der gemeinsame Unterricht von „geistig behinderten“ oder „lernbehinderten“ und nichtbehinderten Kindern stattfinden wird. Die offizielle Bezeichnung des neuen Klassentyps, der insgesamt nicht mehr als 20 Kinder haben wird, lautet in Münster Inklusionsklasse, in Essen integrative Lerngruppe. Bislang gibt es in Essen nur 14 Grundschulen, die einen gemeinsamen Unterricht anbieten. Danach ist für viele Kinder, denen ein Förderbedarf bescheinigt wurde, in der Regel Schluss mit der Integration, wenn sie nicht einen der begehrten „GU-“ (gemeinsamer Unterricht) Plätzen ergattern.

„Gemeinsam lernen mit verschiedenen Zielen“ ist

auch die Kurzformel des Münsteraner Konzeptes. Am 11. Januar 2011 hat die Schulkonferenz des Schillergymnasiums mit großer Mehrheit beschlossen, die Inklusion einzuführen, erklärt die UNESCO-Schule auf ihrer Homepage: „Zur Unterstützung der Fachlehrkräfte werden Sozial- und Sonderpädagogen sowie Integrationshelfer das Kollegium bereichern. In der Inklusionsklasse werden die Schülerinnen und Schüler weitgehend von zwei Lehrkräften unterrichtet. Für diese besondere Situation werden neue Unterrichtskonzepte entwickelt, die sicher auch auf den Unterricht in den anderen Klassen im Bereich der individuellen Förderung positive Auswirkungen haben werden.“

Das Manifest der Vielen

30 BEKANNTE AUTOREN SAGEN:

Ich bin hier
 Ich suche nach etwas Drittem, das in allem steckt
 Toleranz ist kein Kuschelsound
 Kultur ist nicht aus Stahl
 Mein Kopf ist ein zwitscherndes Vogelneest
 Wir rücken zusammen
 Wir müssen uns nicht integrieren
 Menschenwürde muss man nicht verdienen
 Wer rechnen kann, weiß das
 Wir stehen im Abendland auch auf morgenländischen Beinen
 Zwanzig Jahre habe ich auf diesen Satz gewartet
 Man muss neugierig sein, damit das Fremde eine Chance bekommt
 Befreien ist ein Klassiker
 Wer jetzt beschwichtigt, provoziert erst recht einen Sturm
 Multikulti ist total nicht gescheitert
 Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen
 Demokratie birgt Risiken
 Keine Kultur ist rein
 Muslime haben kein Exklusivrecht auf die Opferrolle
 Das wird man wohl noch sagen dürfen
 Wir sind Verschiedene
 Die meisten Menschen sind beige
 Zuhören geht immer
 Das Glück liegt auf der Straße
 Die Zukunft hängt von jedem Einzelnen ab
 Auf den ersten Blick ist nichts mehr, wie es war
 Zu entscheiden, wer Muslim ist, kann nur Sache von Gott im Himmel sein
 Zusammensetzen ist besser als Auseinandersetzen
 Frage niemanden nach seiner Herkunft

Zum Buch:

Aus:

"Manifest der Vielen" (BlumenbarVerlag), das am 24. Februar erschienen ist. Im Manifest der Vielen geben 30 bekannte AutorInnen aus Kultur, Gesellschaft, Wissenschaft und Medien eine Antwort auf die Sarrazin-Debatte, darunter Hilal Sezgin, Feridun Zaimoglu, Yasemin Karakasoglu, Naika Foroutan, Ilija Trojanow, Hatice Akgün, Navid Kermani, Lamy Kaddor, Ekrem Senol, Kübra Gümüsay, Fereshta Ludin..

Blumenbar Verlag. 12,90 €



Das Lied zum Buch:

"Manifest der Vielen - Tanz den Guttenberg"

unter

www.youtube.com/watch?v=jQcKwA1fnzY&feature=player_embedded

Die Muslimisierung der Muslime

VON KATAJUN AMIRPUR

Wieso sagt mein Vater, der einen deutschen Pass hat und sich in der deutschen Politik und der deutschen Sprache besser auskennt als viele seiner deutschen Nachbarn, noch nach vierzig Jahren, ich bin Iraner? Heute bin ich mir sicher: Es liegt nicht an ihm. Seine Verwandten, die in die USA immigriert sind, bezeichneten sich nach kürzester Zeit schon als Amerikaner. Dabei halten sie nicht weniger an ihrer iranischen Identität fest, zu der auch der Islam gehört, als mein Vater, doch nimmt man sie in den USA an mit ihrer Doppelidentität - und macht so allertreuste Amerikaner aus ihnen. Dagegen herrscht hier immer noch das Denken vor, Doppelidentitäten könne es nicht geben und man würde an ihnen zerbrechen - zumal, wenn es sich um zwei angeblich so unvereinbare handelt wie die europäische und die orientalisch-islamische.

So führt die Art und Weise der hier stattfindenden Diskussion über die Muslime erst dazu, sich selbst überhaupt als Muslim wahrzunehmen. Denn auch Menschen wie ich fühlen sich vor den Kopf gestoßen angesichts der Arroganz und Unverschämtheit, mit der über unsere Religion gesprochen und geurteilt wird. Für mich ist sie schließlich die Religion meiner Großeltern, die uns Werte vermittelt hat, die so schlecht nicht sein können. Nicht erst Europa hat aus ihrem Sohn, meinem Vater, einen aufgeklärten, liberalen, demokratischen Menschen gemacht. Das war er schon, bevor er nach Europa kam. Statt permanent über die Integrationsfähigkeit der Muslime zu schwadronieren, sollte man Rechtsgehorsam von ihnen fordern - und sie alsdann in Ruhe lassen. Ob sie die neuerdings viel beschworenen christlich-jüdischen Werte und Traditionen verinnerlicht haben, kann man eh nicht überprüfen, auch bei den Naturdeutschen nicht. Es wäre also in der Tat hilfreich, das Grundgesetz nicht auch noch christlichjüdisch zu taufen, wie der Rechtsphilosoph Ernst-Wolfgang Böckenförde bemerkt hat. Denn damit schwächt man gerade den Rechtsgehorsam.



Der Türke ist back – oder der Türke war nie weg?!

VON COSKUN CANAN

Neulich habe ich, beim Durchforsten des Online-Pressesdchungels, in der WELT einen Bericht über eine neu erscheinende Studie zu Muslimen in NRW entdeckt. Der Beitrag war geschmückt mit Bildern von burkatragenden Frauen, die einen Kinderwagen vor sich herschieben, obwohl der Inhalt der Studie sich vor allem mit Bildungserfolgen, Arbeitsmarktdaten und Partizipationsstrategien auseinandersetzt. Die türkischstämmigen Migranten seien die größte Gruppe unter den Muslimen in NRW. Zwei Fragen gehen mir durch den Kopf: Sind das nun Türken mit einer eigenen Migrations-Erfahrung oder warum nennt man sie sonst Migranten – der Türke, der ewige Migrant? Und passt überhaupt das Bild mit den burkatragenden Frauen? Ich wette, dass es 10 000-mal mehr türkischstämmige Migrantinnen in Badeanzügen in unseren Schwimmbädern zu sehen gibt, als burkatragende türkischstämmige Migrantinnen auf unseren Straßen.

Weiterlesen unter: <http://www.migazin.de/2011/02/02/der-turke-ist-back-oder-der-turke-war-nie-weg/>

Die Autoren:

Katajun Amirpur, 1971 als Tochter einer deutschen Mutter und eines iranischen Vaters in Köln geboren, ist Professorin für Moderne Islamische Welt an der Universität Zürich. Erschienen ist ihr Beitrag im „Manifest der Vielen“.

Coskun Canan, geboren 1978 in Mannheim, Studium der Soziologie mit Schwerpunkt empirischer Sozialforschung an der Universität Mannheim, seit Januar 2010 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt HEyMAT an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Jeder dritte Bürger muslimischen Glaubens lebt in NRW

So war es nur folgerichtig für das Integrationsministerium des Landes, die Untersuchung über „Muslimisches Leben in Deutschland“ durch eine Länderstudie zu ergänzen.

„Mit der vorliegenden Studie werden darum zum ersten Mal Ergebnisse präsentiert, die die Vielfalt muslimischen Lebens in Nordrhein-Westfalen zeigen“, so Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. „Sowohl die ethnische Bandbreite als auch die Pluralität in der religiösen Praxis der hier lebenden Musliminnen und Muslime werden beleuchtet. Fer-

ner werden Integrationsindikatoren vorgestellt, die eine objektivierte Einschätzung der Frage erlauben, wann Integration gelungen ist.“

Die Untersuchung bringt Überraschendes zu Tage: Je höher der Bildungsabschluss, desto höher die Wahrscheinlichkeit für Muslime, dass sie von staatlichen Transferleistungen leben müssen. Laut Studie beziehen 17,8 Prozent aller Muslime ohne Schulabschluss Transferleistungen. Muslime mit Hauptschulabschluss weisen eine Quote von 13,9 Prozent auf und Muslime mit mittlerer Reife nur noch 9,3 Prozent. Am bedenklichsten ist, dass über

20 Prozent der Muslime mit Abitur staatliche Leistungen erhalten.

Eine Zusammenfassung der Studie finden Sie unter: <http://www.migazin.de/2011/01/18/islam-studie-gebildete-muslime-mussen-haefiger-sozialhilfe-beziehen/>

Die Studie unter:

www.mais.nrw.de/08_PDF/003_Integration/110115_studie_muslimisches_leben_nrw.pdf

„Augen auf“- Neue rassismuskritische Schulmaterialien

Das Antidiskriminierungsbüro Köln hat unter der Trägerschaft des Vereins „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ eine 34-seitige Broschüre mit Unterrichtsmaterialien unter dem Titel „Augen auf – Rassismus und Diskriminierung unter der Lupe“ publiziert. Sie ist auch für MultiplikatorInnen in der Erwachsenenbildung gut geeignet. Das praxisorientierte Heft enthält Übungsblätter zu Fragen wie „Du fühlst dich diskriminiert – was kannst du tun?“, informiert über gesetzliche Grundlagen des Menschenrechts auf Schutz vor Diskriminierung und ermutigt zum Eingreifen bei Mobbing und Übergriffen. Die Unterrichtseinheiten wurden für SchülerInnen ab der 9.

Klasse konzipiert.

Augenöffner sind unter anderem Beispiele für Alltagsrassismus, der eben nicht nur bei Rechtsextremisten vorkommt. Denn während kaum jemand Ähnlichkeiten zwischen Angela Merkel und Michael Ballack feststellen würde, werden etwa Cem Özdemir und Mesut Özil zuallererst als „Türken“ wahrgenommen.

LehrerInnenblätter sind beigefügt, Adressen von Antidiskriminierungs-Beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen sowie eine Menge weiterführender Literaturhinweise.



aboutpixel.de / Fabienne Grow

Download unter <http://www.oegg.de/neu/index.php>

Sarrazin hat falsch gerechnet

„Das durch die Sarrazin-Debatte stark defizitär geprägte öffentliche Bild ‚der Muslime‘ in Deutschland entspricht nicht dem Sachstand der tatsächlich messbaren Integrationserfolge, wie sie von namhaften Forschungseinrichtungen und -institutionen oder Marktforschungsinstituten erhoben und erforscht werden. Deren wissenschaftliche Analyse ist leider im politischen Diskurs dem Bauchgefühl einer meinungsbildenden Mehrheit unterlegen. [...] Die hier dargestellte empirische Datensammlung soll eine kritische Bestandsaufnahme der von Thilo Sarrazin in seinem Buch ‚Deutschland schafft sich ab‘ (Wiesbaden,

2010, 1. Auflage) verwendeten Daten ermöglichen.“ Das 70-seitige Dossier der Berliner Politologin Naika Foroutan von der Humboldt-Universität trägt aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen zum Stand der Integration von Muslimen in Deutschland zusammen und weist dem Bestsellerautor zwar keine Plagiate, aber immerhin einige Schnitzer und grobe Fehlinterpretationen nach.

Die Studie und weitere Informationen zu „Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand: Ein empirischer Gegenentwurf zentraler Thesen Thilo Sarrazins mit Bezug

auf Muslime in Deutschland“ unter: www.heyomat.hu-berlin.de



Naika Foroutan

Neueröffnung: Bonn bekommt ein Haus der Vielfalt

Am Mittwoch, den 30. März 2011, feiern Migrapolis, die Evangelische Migrations- und Flüchtlingsarbeit Bonn, das Bonner Institut für Migrationsforschung und die Evangelische Stiftung für Migrationsarbeit Bonn ihren Umzug in die neuen Räumlichkeiten ins Bonner Zentrum. Die Besucher erwartet ein „offenes Haus“ mit einem bunten Programm von 11 bis 23 Uhr.

Weitere Informationen unter www.migrapolis-deutschland.de
Brüdergasse 16-18, 53111 Bonn



Aus der AWO

AWO lehnt geplante Verschärfung des Ausländerrechts ab

„Eine Aufenthaltserlaubnis allein von Sprachkenntnissen abhängig zu machen, ist völlig inakzeptabel“, kritisiert AWO-Vorstandsmitglied Brigitte Döcker die geplante Verschärfung des Ausländerrechts durch die Regierungskoalition. „Teile der Politik müssen aufhören, das Schreckensbild der dauerhaften Nicht-Integration zu verbreiten. Stattdessen sollte es Aufgabe verantwortlicher Politik sein, die Bereitschaft zum Erlernen des Umgangs mit kultureller Vielfalt in unserer Einwanderungsgesellschaft zu fördern“, fordert Döcker. Wer die Integrationsbereitschaft von Zuwanderern allein anhand ihrer Sprachkenntnisse beurteilt, handelt völlig verantwortungslos.

Mit der geplanten Verschärfung des Ausländerrechts wird Zuwanderern unterstellt, dass sie die deutsche Sprache nicht lernen wollen. Diese Politik führt zur

Ausgrenzung der Zuwanderer und hat enorm negative Auswirkungen auf das Zusammenleben von Einwanderern und Einheimischen. „Dass die Regierungsparteien wieder einmal das Thema Zuwanderung auf die politische Agenda setzen, zeigt, dass ihnen derzeit nichts einfällt, um im Superwahljahr 2011 ihre Anhängerschaft zu mobilisieren. Auf dem Rücken der Einwanderer Wahlkampf zu machen und mit den diffusen Ängsten der Bürger zu spielen, ist aber unverantwortlich“, betont Döcker abschließend.

Weitere Informationen zum Thema Integration und interkulturelle Öffnung finden Sie auch im neuen Magazin „AWO Ansicht“ des AWO Bundesverbandes unter www.awo.org.

Impressum

Herausgeber:

Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband Mittelrhein e.V.
Integrationsagentur
Dienststelle Venloer Wall 15, 50672 Köln

Redaktion

Mercedes Pascual Iglesias, Donja Amirpur,
Ariane Dettloff
sowie Meike Bogdan, Laura da Silva Carvalho,
Marta Belén López García, Maria Peña,
Berta Ruiz Cuat, Universität Bochum

Verantwortlich (i. S. d. P.)

Andreas Johnsen, Geschäftsführer

Telefon: 0221 – 29942874

E-Mail: vielfalt@awo-mittelrhein.de

Haftungshinweis:

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

© AWO Bezirksverband Mittelrhein e.V.

Abdruck, auch in Auszügen, erwünscht, jedoch nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Gefördert durch:

Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

